

Kontakt:

Sandra Lange

Tel. 0351 25593-18 / 0174 3346577, Fax 0351 25593-78

sandra.lange@hsw-mail.de

26.02.2021

Offener Brief an Bundeskanzlerin: Sächsische Wirtschaft fordert Paradigmenwechsel in der Corona-Politik

„Von der Kultur der Verbote hin zu einer Kultur des Ermöglichens“

Gemeinsame Medieninformation

Vor den Beratungen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder in der nächsten Woche haben sich die sächsischen Industrie- und Handelskammern, die sächsischen Handwerkskammern, die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V., der Unternehmerverband Sachsen sowie die Sächsische Landesärztekammer und der Landesverband der Freien Berufe in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie an die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, Ralph Brinkhaus (Unionsfraktion) und Rolf Mützenich (SPD), gewandt.

Zentrales Anliegen der sächsischen Wirtschaft ist es, eine Änderung der Corona-Politik in die Wege zu leiten. Gemeinsam fordern die zehn Akteure „einen Paradigmenwechsel von der Kultur der Verbote und Einschränkungen hin zu einer Kultur des Ermöglichens und der Eigenverantwortung der Menschen im Land.“ Notwendig seien jetzt „Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft und nicht nur mit Blick auf Inzidenzwerte“.

Die Bundesrepublik brauche eine klare Strategie für ein Leben mit dem Corona-Virus. Ein ständiges Auf und Ab, ein ständiger Wechsel zwischen Lockdown und Lockerungen verhindere die Berechenbarkeit des wirtschaftlichen Agierens, so die Kammern und Verbände in ihrem gemeinsamen Brief.

In der Beurteilung der Situation sollten Entscheidungen nicht nur allein an Infektionswerten, sondern auch an den Belastungen des Gesundheitssystems mit objektiven Kriterien, wie der Auslastung der Intensivbetten, geknüpft werden.

Oberstes Ziel der Politik müsse die Sicherung eines weitestgehend normalen Lebens und nicht die Verfestigung des Lockdowns sein. „Die sächsische Wirtschaft erwartet eine Strategie zur Rückkehr in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Normalität – nicht im Sinne eines Privilegs, sondern zur

Wahrung der im Grundgesetz verbrieften Rechte.“

Anlagen

[210226 Offener Brief Dr. Merkel CDU SPD.PDF \(403,1 KiB\)](#)

[210226 PM Wirtschaftsverbände offener Brief.pdf \(110,4 KiB\)](#)